
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Dezember 1977

** Analyse des votations fédérales du 4 décembre 1977*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Reichtumssteuer-Initiative	638 559	801 295
Bundesgesetz über politische Rechte	810 674	553 495
Ziviler Ersatzdienst	534 297	886 821
Ausgleich des Bundeshaushaltes/ Sparpaket	869 873	523 828

Stimmbeteiligung 38%

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 3./4. Dezember 1977/Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	2
1. Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen	2
2. Entscheidungsmotive	5
3. Einstellungen und Lösungspräferenzen in der Frage der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes	7
4. Kenntnis wichtiger Entscheidungshilfen	12
5. Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat	13
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	15
*Récapitulation des résultats principaux	18



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Dezember 1977

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Abstimmungsergebnisse werden in Pressekommentaren oft erstaunlich unterschiedlich beurteilt. In den 44% Ja zur Reichtumssteuer erblickten einzelne Kommentatoren eine "Niederlage der Linken" (Feuille d'Avis de Neuchâtel) oder gar eine "Ohrfeige an die SP" (Blick). Andere bezeichneten das gleiche Ergebnis als "Achtungserfolg" (Freier Aargauer) und "Verpflichtendes Nein" (La Suisse). Natürlich widerspiegeln derartige Urteile politische Grundhaltungen. Sie sind darüber hinaus aber Ausdruck von Analysen, die sich auf nichts anderes als die nackten Ja und Nein Stimmenanteile stützen. Die Interpretation von Abstimmungsergebnissen erfordert zusätzliche Informationen. Wer hat die Vorlage warum abgelehnt? Haben zumindest jene Stimmbürger zugestimmt, die durch die neue Regelung entlastet worden wären? Verbirgt sich hinter dem Nein ein prinzipielles Nein zur stärkeren Besteuerung der hohen Einkommen oder ist nur die spezifische Vorlage bekämpft worden? Wie weit schliesslich ist das Ergebnis eine Funktion der niedrigen Stimmbeteiligung?

In der vorliegenden vierten Vox-Analyse haben wir für alle Vorlagen das Stimmverhalten der politisch wichtigsten Merkmalsgruppen, deren Entscheidungsmotive, die Kenntnis der Vorlagen und wichtigsten Entscheidungshilfen sowie die Auswirkung der Stimmbeteiligung auf das Abstimmungsergebnis untersucht. Noch etwas genauer unter die Lupe genommen wurde der Bundesbeschluss über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes. Hier sind wir zusätzlich der Frage nachgegangen, ob sich nach dem negativen Volksentscheid konkrete Alternativen aufdrängen.

1. Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen

In einem ersten Schritt haben wir abgeklärt, wie weit bestimmte, politisch aufschlussreiche Merkmale den Entscheid zu den einzelnen Vorlagen geprägt haben. Die mit einem statistischen Prüfverfahren (Chi-Quadrat) ermittelten Ergebnisse sind in Tabelle 1) ersichtlich. Statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Stimmverhalten und dem entsprechenden Merkmal wurden mit einem Stern gekennzeichnet. (Signifikanzniveau: 0,1). Zwei Sterne weisen auf eine besonders starke Beziehung (Signifikanzniveau: 0,001):

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den vier Vorlagen

Merkmal	Vorlage Reichtums- steuer	Politische Rechte	Zivildienst	Sparpaket
Geschlecht	*			
Alter	*		*	
Sprachgruppe				*
Siedlungsart				
Beruf	**			*
Konfession				
Parteisympathie	**	*	**	**
Pol. Integration	*	*		*

Ohne grossen Einfluss auf das Stimmverhalten blieben diesmal die Konfession und Wohnregion (Stadt/Land). Geschlecht und Sprachgruppe haben je ein Abstimmungsergebnis geprägt (Reichtumssteuer bzw. Sparpaket). Das Alter beeinflusste den Entscheid zur Reichtumssteuer und zum Zivildienst, der Beruf denjenigen zur Reichtumssteuer und zum Sparpaket. Die Parteisympathie hat sich bei allen vier Vorlagen ausgewirkt.

Bei der Reichtumssteuer-Initiative treten die Unterschiede nach Merkmalsgruppen am deutlichsten hervor. Die Vorlage ist zwar abgelehnt worden (56% Nein). Verschiedene Merkmalsgruppen haben der Initiative aber zugestimmt. Mit welchen Stimmenverhältnissen, ist in Tabelle 2) ersichtlich. In der ersten Spalte sind die Ja Stimmenanteile der wichtigsten Befürworter aufgeführt. In der zweiten Spalte folgen die Nein-Stimmenanteile derjenigen Gruppen, welche die Vorlage am deutlichsten verworfen haben. Dabei haben wir nur jene Merkmale ausgewertet, die sich für den Entscheid zu der entsprechenden Vorlage als signifikant erwiesen haben (s. Tabelle 1). Die Zahlen sind korrigiert, d.h. die verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein Stimmen auf die beiden Kategorien aufgeteilt:

Das Volksbegehren "zur Steuerharmonisierung, zur stärkeren Besteuerung des Reichtums und zur Entlastung der unteren Einkommen" ist von der Sozialdemokratischen Partei lanciert worden. Deren Sympathisanten und wichtigste Klientel (Arbeiter) haben der Vorlage denn auch zugestimmt. Eine Ja Mehrheit verzeichnen in unserer Stichprobe aber auch die jüngeren Stimmbürger (20-39 Jahre) sowie, etwas überraschend, die Männer. Deren 51% Ja "beweisen" zwar nicht, dass die Mehrheit der Schweizer Männer die Vorlage tatsächlich angenommen hat. Der Ja Stimmenanteil sämtlicher Urnengänger unserer Stichprobe liegt 3% über dem tatsächlichen Wert (47% gegenüber 44% in der

Tabelle 2 Das Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen

Vorlage	Befürworter (Ja in %)	Gegner (Nein in %)
Reichtums- steuer	Total (47) Männer (51) 20-39 Jahre (54) Arbeiter (66) SP (75) Pol. Integration Tief (53)	Total (53) Frauen (57) 40-64 Jahre (57) Bauern (76), Ang./Beamte in mittleren Positionen (63) FdP (85), SVP (82) Pol. Integration Hoch (71)
Politische Rechte	Total (70) SVP (90), CVP (81) Pol. Integration Hoch (82)	Total (30) SP (43) Pol. Integration Tief (43)
Zivildienst	Total (42) 20-39 Jahre (54) SP (57)	Total (58) 65-84 Jahre (71) FdP (86), LP (75)
Sparpaket	Total (72) deutsche Schweiz (76) Bauern (91), Leitende Angestellte/Beamte (79) FdP (92), CVP (90), SVP (86)	Total (28) Westschweiz (40) Arbeiter (34) SP (48), PdA (80)

Abstimmung). Aus dem Ergebnis folgt aber eindeutig, dass die Männer dem Volksbegehren weit grössere Sympathie entgegengebracht haben als die Frauen. Die weiblichen Urnengänger haben die Vorlage ähnlich bewertet wie die Angehörigen höherer Einkommensklassen. Bei diesen fällt auf, dass die leitenden Angestellten und Beamten der Initiative noch wohlwollender gesinnt waren als ihre Berufskollegen in mittleren Positionen. Dass die Vorlage nicht nur am Veto der "direkt Interessierten" scheiterte, zeigt aber auch das Resultat der Bauern. Obwohl sie von einer Reichtumssteuer nur wenig zu befürchten hätten, liegt ihr Stimmenanteil weit über den entsprechenden Werten der anderen Berufsgruppen.

Das Bundesgesetz über die politischen Rechte ist von keiner einzigen Merkmalsgruppe abgelehnt worden. Nicht einmal die Nein-Parole ihrer Partei konnte deren Anhänger von ihrem Ja Entscheid abhalten. Von den ablehnenden Parteien haben die Anhänger der SP noch die grösste Stimmdisziplin bewiesen (43% Nein). Völlig unbestritten war die Vorlage bei den Sympathisanten der grossen bürgerlichen Parteien.

Die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes ist vor allem am massiven Nein der älteren Stimmbürger gescheitert. 54% der jüngeren Urnengänger haben der Vorlage zugestimmt. Daneben verzeichneten nur noch die Anhänger der SP eine annehmende Mehrheit. Obwohl die Partei Stimmfreigabe beschlossen hatte, liegt ihr Ja Stimmenanteil erheblich über den entsprechenden Prozentwerten der befürwortenden Parteien. Der Ja Empfehlung der CVP sind beispielsweise nur gerade ein Drittel ihrer Sympathisanten gefolgt. Interessant ist zudem die Tatsache, dass sich das Stimmverhalten der männlichen und weiblichen Urnengänger kaum voneinander unterschied. Der Ja Stimmenanteil der Frauen liegt zwar etwas über demjenigen der Männer. Die Differenz ist aber nicht signifikant.

Wie das Bundesgesetz über die politischen Rechte ist auch das Spar-Paket auf wenig Opposition gestossen. Nur die Anhänger der PdA haben das neue Bundesgesetz abgelehnt. Ihrem massiven Nein am nächsten kamen die Sympathisanten der SP, die Arbeiter und die Stimmbürger aus der Westschweiz. Die Anhänger der FdP, CVP und SVP haben sich klar hinter die Finanzpolitik ihrer Parteileitungen gestellt.

2. Entscheidungsmotive

Mit Hilfe einer offenen Frage haben wir abgeklärt, welche Beweggründe zum Ja oder Nein Entscheid geführt haben. In Tabelle 3) sind die drei jeweils am häufigsten genannten Motive aufgeführt:

Über die Hälfte der Befürworter der Reichtumssteuer-Initiative forderte mit ihrem Ja eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen. Für 23% stand die Entlastung unterer Einkommensklassen im Vordergrund. Andere Pro Argumente wurden kaum vorgebracht. Nur gerade 5% erhofften sich vor allem Mehreinnahmen für den Bund. Die mit dem Volksbegehren ebenfalls angestrebte Steuerharmonisierung erwähnten sogar weniger als 4%. Dass die Reichtumssteuer nicht nur auf rationalen Widerstand stiess, zeigt der recht hohe Anteil der Nein Stimmenden, die ihren Entscheid nicht begründen konnten (25% undifferenzierte bzw. "Weiss Nicht" Antworten). Das wichtigste materielle Entscheidmotiv der Gegner war die Angst vor einer zu hohen Belastung der mittleren und hohen Einkommen. Weitere 10% glaubten, dass die schweizerische Wirtschaft eine höhere Steuerlast nicht hätte verkraften können. Etwa gleich viele Nein Stimmende befürchteten eine ungerechte zusätzliche Belastung der finanzschwachen Kantone. Der im Abstimmungskampf ebenfalls sehr oft vorgebrachte Einwand, die Reichtumssteuer bringe keine Mehreinnahmen, machten hingegen nur 3% geltend.

Ihren Entscheid zum Bundesgesetz über die politischen Rechte konnten nahezu 40% der Urnengänger nicht begründen. Die 92 Artikel des neuen

Bundesgesetzes waren offensichtlich kaum zu verdauen. Bei den differenziert antwortenden Befürwortern und Gegnern standen jene Argumente im Vordergrund, die schon den Entscheid in der September-Abstimmung über die Erhöhung der Unterschriftenzahlen geprägt hatten (s. dazu Vox, Analyse der eidg. Abstimmung vom 25. Sept. 1977). Die Befürworter stimmten zu, um die Zahl der Initiativen und Referenden bzw. der Volksabstimmungen ganz

Tabelle 3 Die wichtigsten Entscheidungsmotive

Vorlage	Entscheid	Motiv (% der Nennungen)
Reichtumssteuer	Ja	- Stärkere Belastung der hohen Einkommen/der Reichen (53) - Entlastung der unteren Einkommen/Gerechteres Steuersystem (23) - Mehreinnahmen für den Bund (5) Undifferenziert/Weiss Nicht (7)
	Nein	- Zu hohe Belastung der mittleren/hohen Einkommen (16) - Schlag gegen die Wirtschaft/Unternehmer (10) - Ungerecht für finanzschwache Kantone (11) Undifferenziert/Weiss Nicht (25)
Politische Rechte	Ja	- Weniger Initiativen/Referenden/Abstimmungen (24) - Befristung der Sammelzeit (7) - Notwendige Zusammenstellung aller Volksrechte im gleichen Gesetz (4) Undifferenziert/Weiss Nicht (38)
	Nein	- Gegen den Abbau von Volksrechten (17) - Gegen eine Befristung der Sammelzeit (13) - Schutz der Minderheiten (12) Undifferenziert/Weiss Nicht (36)
Sparpaket	Ja	- Der Bund soll sparen (65) - Alternative zu höheren Steuern/zur MWSt. (3) - Gerechte Kürzung in allen Bereichen (1) Undifferenziert/Weiss Nicht (22)
	Nein	- Trifft die Schwachen/das Volk/die Arbeiter (21) - Sparen ja, aber nicht so (18) - Gefährdet die Sozialleistungen des Bundes (9) Undifferenziert/Weiss Nicht (27)
Zivildienst	Ja	- Das Gewissen des Einzelnen muss geachtet werden (19) - Gefängnis ist keine Lösung (10) - Zivildienst kann nützliche Aufgaben übernehmen (Spital, Katastrophenhilfe etc.) (6) Undifferenziert/Weiss Nicht (38)
	Nein	- Alle sollen Militärdienst leisten (39) - Die Armee braucht jeden Mann (10) - Zu teuer/zu aufwendig (9) Undifferenziert/Weiss Nicht (14)

allgemein zu verringern. Darin sahen die Gegner aber einen Abbau der Volksrechte, der vor allem die Minderheiten treffen würde. Dass sich die politischen Lager und Entscheidungsmotive in den beiden Abstimmungen weitgehend decken, zeigt die Auswertung einer geschlossenen Zusatzfrage. 84% der Befürworter erklärten, auch der Erhöhung der Unterschriftenzahlen zugestimmt zu haben. Eindeutige Zusammenhänge zeigen sich auch zwischen zwei anderen verwandten Vorlagen. Wir fragten die Befürworter und Gegner des Sparpaketes, ob sie sich im Juni für oder gegen das Finanzpaket ausgesprochen haben. Je etwa zwei Drittel gaben sich als Gegner der damaligen Vorlage zu erkennen. In ihren Entscheidungsmotiven für oder gegen das Sparpaket widerspiegeln sich die beiden, etwa gleich starken Nein zur Mehrwertsteuer (s. dazu Vox, Analyse der eidg. Abstimmung vom 12. Juni 1977). Die Befürworter des Sparpaketes hatten mit ihrem Nein einen Sparappell verbunden. Über neue Steuern kann erst dann diskutiert werden, wenn der Bund seinen Sparwillen unter Beweis gestellt hat. Bei den Gegnern des Sparpaketes handelt es sich hingegen hauptsächlich um jene Stimmbürger, die in der MWSt. eine unsoziale Steuer erblickten. Aus ähnlichen Gründen haben sie sich auch gegen das Sparpaket ausgesprochen. "Trifft die Schwachen", "Gefährdet die Sozialleistungen" und "Sparen Ja, aber nicht so" waren die am häufigsten genannten Nein Argumente. Den Befürwortern eines zivilen Ersatzdienstes fiel die Begründung ihres Ja Entscheides erstaunlich schwer. Hinter den 38% undifferenzierten Antworten verbirgt sich wahrscheinlich ein gewisses Unbehagen über die bestehende Lösung, das sich nur schwer konkretisieren bzw. dem Befragter verständlich machen lässt. Weit deutlicher sprechen die Entscheidungsmotive der Gegner. Ihr Nein erscheint als Nein gegen die Schaffung eines Zivildienstes überhaupt. Nur gerade 3% erklärten, mit ihrem Nein nicht den Zivildienst als solchen, sondern allein die vorgeschlagene Lösung bekämpft zu haben. Den Ausschluss der politisch/weltanschaulichen Verweigerer kritisierten weniger als ein Prozent. Das unmissverständliche Nein der Gegner scheint den Weg für jede andere Zivildienstvorlage zu verbauen. Im nächsten Kapitel wollen wir fragen, ob sich tatsächlich keine Alternativen anbieten.

3. Einstellungen und Lösungspräferenzen in der Frage eines zivilen Ersatzdienstes

Nach der Beantwortung der im letzten Kapitel ausgewerteten offenen Frage (Entscheidungsmotive) hatten sich die Befragten zu acht Aussagen für oder gegen die Einführung eines Zivildienstes zu äussern. In Tabelle 4) ist ersichtlich, wie viele Stimmbürger der jeweiligen Aussage zustimmten. Dabei haben wir zwischen Urnengängern und Nicht-Urnengängern unterschieden. Bei den Urnengängern wurde zusätzlich nach Befürwortern und Gegnern differenziert:

Tabelle 4 Die Bewertung von Aussagen zum Problem eines zivilen Ersatzdienstes

Aussage	Nicht Urmengänger ("Einverstan- den" in %)	Urmengänger Total (in %)	Ja	Nein	Differenz (Ja-Nein)
1) Der Zivildienst ist unerlässlich, weil wir heute notgedrungen auch die wirklich ehrlichen Ver- weigerer zu Gefängnisstrafen verurteilen müssen	57	54	88	32	+56
2) Der Zivildienst ist eine Ungerechtigkeit gegen- über allen anderen Bürgern, die pflichtbewusst ihren Militärdienst leisten	39	47	18	67	-49
3) Es ist absurd, für die wenigen Dienstverweigerer einen derart kostspieligen Apparat aufzubauen. Da werden nur unnützlich Millionen verfocht	41	45	22	64	-42
4) Die Armee darf unter keinen Umständen ge- schwächt werden. Wir brauchen jeden Mann	49	57	32	73	-41
5) Der Zivildienstpflichtige kann äusserst wertvolle Aufgaben übernehmen wie z.B. den Einsatz in Katastrophengebieten, in Spitälern oder in Ent- wicklungsgebieten	85	73	92	61	+31
6) Man darf niemand zum Gebrauch der Waffen zwingen, wenn er dies mit seinem Gewissen nicht verantworten kann	71	65	82	54	+28
7) Das Militär ist sowieso überflüssig. Man würde es gescheiter ganz abschaffen	15	7	13	3	+10
8) Es ist besser, wenn wir die Dienstverweigerer aus der Armee nehmen. Sie schwächen nur die Kampfkraft der Truppe	53	46	52	43	+9

Die in der letzten Spalte aufgeführte Differenz zwischen den Ja und Nein Stimmenanteilen gibt an, wie weit Gegner und Befürworter in der Beurteilung einer Aussage übereinstimmen. Je grösser die Differenz, desto kleiner die Übereinstimmung. Hohe negative Werte kennzeichnen die wichtigsten Argumente der Gegner, hohe positive Werte diejenigen der Befürworter:

Die mit der offenen Frage nach Entscheidungsmotiven ermittelten Ergebnisse werden weitgehend bestätigt. Die wichtigsten Argumente der Gegner sind in den Aussagen 2, 3 und 4 umschrieben, diejenigen der Befürworter in den Aussagen 1, 5 und 6. Was die Chancen einer neuen Zivildienstvorlage betrifft, stimmen die Antworten allerdings etwas optimistischer als die in Tabelle 3) aufgeführten Entscheidungsmotive. Aussage 1 wird auch von 32% der Nein Stimmenden unterstützt. Ein Drittel der Gegner der ersten Zivildienstvorlage ist also der Ansicht, ein ziviler Ersatzdienst sei grundsätzlich unerlässlich. Wir werden der Frage nach den Realisierungschancen bestimmter Alternativen weiter unter nachgehen. Vorher wollen wir das klare Nein vom 4. Dezember noch von einer anderen Seite beleuchten.

Ein möglicher Grund für die ablehnende Haltung der Stimmbürger dürfte darin gelegen haben, dass man die Zahl der Militärdienstverweigerer überschätzte. Drei Viertel der Nein Stimmenden haben der Aussage zugestimmt, die Armee dürfe unter keinen Umständen geschwächt werden. An wie viele Dienstverweigerer dachten sie dabei?

Wir haben die Urnengänger gefragt, wie viele Dienstverweigerer jährlich verurteilt werden und wie viele von diesen weltanschauliche oder politische Motive geltend machen. Bei der ersten Frage musste man sich für eine der folgenden Antwortkategorien entscheiden: "Weniger als 500", "Bis 1000", "bis 5000", "bis 10 000" und "mehr als 10 000". Vor der zweiten Frage wurde die richtige Zahl genannt (etwa 400) und anschliessend die folgenden Antwortkategorien vorgelegt: "weniger als 100", "bis 200", "bis 300" und "alle/fast alle". Eine dritte Frage richtete sich nach der Zahl der Dienstuntauglichen bei Aushebungen. Mögliche Antworten waren "bis 10%", "30%", "40%", "50%" und "mehr als 50%". In Tabelle 5) ist ersichtlich wieviele Stimmbürger jeweils richtig antworteten und wieviele die Zahl bzw. den Prozentsatz überschätzten:

Die Zahl der Dienstverweigerer wird von den Gegnern der Vorlage nicht stärker überschätzt als von den Befürwortern. Zwei Drittel wissen, dass jährlich weniger als 500 Schweizer den Dienst verweigern. Ihre Angst vor einer Schwächung der Armee ist so eher prinzipieller Natur. Möglicherweise wird aber auch befürchtet, die Einführung des Ersatzdienstes würde zu einer sprunghaften Erhöhung der bisherigen Verweigerungsquote führen. Aber auch in den Antworten zu den Fragen 2 und 3 zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ja und Nein Stimmenden. Beide Gruppen überschätzten die Zahl der politischen Dienstverweigerer (richtige Antwort: weniger als 100) und unterschätzten den Anteil an Dienstuntauglichen am Total der Stellungspflichtigen (richtige Antwort: ungefähr 20%). Mit unterschiedlichen Kennt-

Tabelle 5 Kenntnis der Anzahl Dienstverweigerer und Dienstuntauglichen

Frage richtig beantwortet/ Zahl überschätzt	Zivildienstvorlage	
	Ja	Nein
	(in %)	
1) Was meinen Sie, wieviele Dienstverweigerer wurden in letzter Zeit pro Jahr verurteilt?		
Frage richtig beantwortet:	67	67
Zahl überschätzt:	16	15
2) Es werden im Jahr etwa 400 Dienstverweigerer verurteilt...wieviele von diesen haben sich wohl auf weltanschauliche oder politische Gründe berufen?		
Frage richtig beantwortet:	35	26
Zahl überschätzt:	52	58
3) Bei der Aushebung...wird eine Anzahl als "dienstuntauglich" erklärt, vor allem wegen körperlichen und geistigen Schäden. Was meinen Sie wieviele Prozent, also wieviele von 100 Stellungspflichtigen werden im Durchschnitt etwa als "dienstuntauglich" erklärt?		
Frage richtig beantwortet:	27	23
Prozentsatz überschätzt:	6	9

nissen der gegenwärtigen Situation ist der Entscheid für oder gegen die Zivildienstvorlage somit nicht zu begründen.

Wie soll oder kann es weitergehen? Wir haben den Befragten drei Lösungsvorschläge unterbreitet. Zur Auswahl standen: "die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst", "ein Zivildienst der anderthalbmal so lange dauert wie der verweigerte Militärdienst (aber die politischen Motive nicht ausschliesst)" sowie "der generelle Verzicht auf die Einführung eines Zivildienstes". Tabelle 6) zeigt die Lösungspräferenzen der Nicht-Urnengänger und Urnengänger differenziert nach Ja und Nein Stimmenden:

70% der Nein Stimmenden sind zu keinem Kompromiss bereit. Ihr Nein war eine Absage an die Idee des zivilen Ersatzdienstes überhaupt. Der Prozentsatz ist ausserordentlich hoch. Eine neue Vorlage hätte nur dann eine Chance, wenn sie die restlichen 30% sowie sämtliche Befürworter der ersten Vorlage für sich gewinnen könnte.

20% der Gegner und 37% der Befürworter würden der Lösung mit verlängerter Dienstzeit aber ohne Beschränkung auf ethisch/religiöse Motive zustimmen. In

Tabelle 6 Lösungspräferenzen in der Frage der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes

Lösungsalternative	Nicht Urnen- gänger (in %)	Total	Urnengänger	
			Ja	Nein
Man sollte frei wählen können, ob man Militärdienst oder Zivildienst leisten will. Beide Dienstarten haben zudem gleich lang zu dauern	49	28	53	10
Der Zivildienst sollte anderthalbmal so lange dauern wie der verweigerte militärische Dienst. Man sollte aber nicht nur die ethisch/religiösen Verweigerungsgründe gelten lassen	20	25	37	20
Man sollte keinen Zivildienst einführen. Alle haben Militärdienst zu leisten	29	44	9	70

genau diese Richtung zielt die im November lancierte Volksinitiative "für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises". Nach den vorliegenden Daten wird es ausserordentlich schwierig sein, für das Volksbegehren eine Mehrheit zu finden. Die Chancen für einen Kompromiss scheinen allerdings dann zu steigen, wenn sich mehr Stimmbürger an die Urnen begeben würden. Die Lösungspräferenzen der Nicht Urnengänger unterscheiden sich deutlich von jenen der Urnengänger. Nur 29% sind zu keinem Kompromiss bereit. Fast die Hälfte würde die freie Wahl zwischen den beiden Dienstarten begrüßen. Offensichtlich haben jene Stimmbürger, für welche die erste Zivildienstvorlage zu wenig weit ging, es am 4. Dezember vorgezogen, zu Hause zu bleiben.

Der zuständige Departementschef hat in seinem Kommentar zum Abstimmungsergebnis von der Notwendigkeit einer "schöpferischen Pause" gesprochen. Schöpferisch scheint diese vor allem dann zu werden, wenn sie genügend lange dauert. 71% der Stimmbürger zwischen 65 und 84 Jahren haben die Vorlage abgelehnt, 54% der jüngeren Stimmbürger (20-39 Jahre) haben ihr zugestimmt.

4. Kenntnis wichtiger Entscheidungshilfen

Die für die Meinungsbildung wichtigen Stimmempfehlungen der Parteien und politischen Behörden haben im Durchschnitt nur etwa die Hälfte ihrer Adressaten erreicht. Tabelle 7) zeigt, wieviel % der Parteisympathisanten die Parole ihrer Partei richtig nennen konnten und wieviel % der Stimmbürger sich an die Empfehlungen von Bundesrat und Parlament erinnerten. Die Prozentwerte wurden für das Total aller Stimmbürger bzw. Parteisympathisanten (T) sowie für die entsprechende Gruppe der Urngänger (U) berechnet: Bei den Parteien haben wir uns auf jene beschränkt, die mit mindestens 20 Sympathisanten in unserer Stichprobe vertreten sind:

Die Urngänger waren etwas besser informiert. Bei einzelnen Vorlagen zeigen sich aber auch bei ihnen erstaunliche Wissenslücken.

So wussten nur 39%, dass es sich bei der Zivildienstvorlage um einen Vorschlag des Bundesrates bzw. der Bundesversammlung handelte. Ebenso wenig überzeugend klang offenbar das Ja der CVP. Im Gegensatz zum Bundesrat ist die CVP aber auch nicht geschlossen an die Öffentlichkeit getreten. Nicht weniger als acht Kantonalparteien hatten die Nein Parole ausgegeben. Ausgesprochen schlecht bekannt waren die Parolen der SP. Weniger als ein Fünftel der

Tabelle 7 Die Kenntnis der Parteiparolen sowie der Stimmempfehlung der politischen Behörden

	Reichtumssteuer		Politische Rechte		Zivildienst		Sparpaket	
	T	U	T	U	T	U	T	U
	(Anteil der richtigen Antworten in %)							
Bundesrat/ Parlament	50	62	52	66	31	39	61	75
CVP	56	69	52	67	33	41	59	76
FdP	58	75	45	63	49	67	57	82
SP	75	79	26	29	15	18	30	35
SVP	49	54	49	50	46	42	59	61
LdU	15	27	10	18	35	45	45	67
LPS	52	63	57	75	57	63	63	63

SP-Anhänger wusste, dass die Partei für die Zivildienstvorlage Stimmfreigabe beschlossen hatte. Nur je etwa ein Drittel hatte Kenntnis vom Nein zum Sparpaket und zum Bundesgesetz über die politischen Rechte. Ebenso wenig zu überzeugen vermögen die 75% bzw. 78% bei der Reichtumssteuer-Initiative. Als Initiant des Volksbegehrens zeichnete die SP.

5. Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat

Nach vier Abstimmungen mit relativ hoher Beteiligung ist die Stimmbeteiligung wieder unter die 40% Grenze gesunken. Am 4. Dezember haben sich nur 38% der Stimmbürger an die Urnen begeben. Wir versuchten abzuklären, ob, und wenn ja in welche Richtung, eine höhere Stimmbeteiligung das Abstimmungsresultat beeinflusst hätte. Dazu haben wir das fiktive Abstimmungsresultat für den Fall berechnet, dass alle jene Stimmbürger ebenfalls an die Urnen gegangen wären, die am 4. Dezember zwar nicht gestimmt haben, daneben aber eine klare Meinung zu den einzelnen Vorlagen besaßen.

Im Falle des Sparpaketes hätte sich eine höhere Beteiligung nicht auf das Abstimmungsresultat ausgewirkt. Beim Bundesgesetz über die politischen Rechte und bei der Zivildienstvorlage wären die Ergebnisse etwas weniger krass ausgefallen. Auch eine Beteiligung von 73% (Alle Stimmbürger mit Meinung zum BG über die politischen Rechte) bzw. 89% (Alle Stimmbürger mit Meinung zur Zivildienstvorlage) hätte aber aus den Verlierern keine Sieger gemacht. Interessant ist der Fall der Reichtumssteuer-Initiative. In Tabelle 8) sind die Ja Stimmenanteile der Nicht-Urnengänger sowie das daraus resul-

Tabelle 8 Der Entscheidung zur Reichtumssteuer-Initiative bei Beteiligung aller "Stimmbürger mit Meinung"

Merkmalsgruppen	Urnengänger	Nicht-Urnengänger	Total
	(Ja in %)		
Total (89% aller Stimmbürger)	47	58	53
Merkmalsgruppen mit unterdurchschnittlicher Beteiligung:			
- Frauen (-6)	43	64	53
- 20-39 Jährige (-14)	54	63	59
- Untere Angestellte/Beamte (-9)	46	70	59
- Nicht Parteisympathisanten (-8)	53	60	57
- Politische Integration Tief (-35)	52	65	63
Merkmalsgruppen mit überdurchschnittlicher Beteiligung:			
- Männer (+6)	51	52	51
- 40-64 Jährige (+10)	42	52	46
- Bauern (+12)	23	20	22
- SVP (+18)	17	40	24
- Politische Integration Hoch (+22)	36	48	39

tierende Abstimmungsresultat bei einer Beteiligung sämtlicher "Stimmbürger mit Meinung" aufgeführt. Die entsprechenden Werte haben wir zusätzlich für je fünf Merkmalsgruppen mit besonders hoher und tiefer Stimmbeteiligung berechnet. Die Zahl in Klammern gibt an, um wieviel Prozent deren Beteiligung über bzw. unter der allgemeinen Stimmbeteiligung lag:

Die Reichtumssteuer-Initiative wäre von 53% der Stimmbürger angenommen worden. Damit wissen wir zwar nicht, ob die Initiative das Rennen tatsächlich gemacht hätte. Das Volksbegehren wäre möglicherweise am Ständemehr gescheitert. Der Ja-Stimmenanteil der Urnengänger unserer Stichprobe liegt zudem 3% über dem tatsächlichen Wert. Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen weist aber auf zwei interessante, sich überlagernde Zusammenhänge. Einmal haben sich die gesamthaft befürwortenden Gruppen an der Abstimmung unterdurchschnittlich beteiligt. Von den überdurchschnittlich beteiligten Merkmalsgruppen verzeichnen nur die Männer eine knappe Ja Mehrheit. Ein bestimmtes Abstimmungsresultat ist aber nicht nur darum eine Funktion der Stimmbeteiligung, weil bestimmte Gruppen über- oder unterdurchschnittlich partizipieren. Was noch weit stärker ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, dass Urnengänger und Nicht-Urnengänger der selben Merkmalsgruppe unterschiedliche Lösungspräferenzen besitzen. Der Ja-Stimmenanteil der Nicht-Urnengänger liegt mit einer Ausnahme (Bauern) in allen Merkmalsgruppen über den entsprechenden Werten der Urnengänger. 57% der Frauen und 54% der unteren Angestellten/Beamten haben die Reichtumssteuer-Initiative abgelehnt. Ihre daheimgebliebenen Geschlechtsgenossinnen und Berufskollegen hätten der Vorlage jedoch deutlich zugestimmt (64% Ja und 70% Ja).

*Zur Volksabstimmung vom 4. Dezember 1977: Wie weiter mit
Bundesfinanzen und Militärdienstverweigerern?*

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Das alte Sprichwort, wenn Rom gesprochen habe, sei der Fall erledigt, gilt nicht für die schweizerischen Volksabstimmungen. Je genauer wir über die Motive orientiert sind, die zu einem Ja oder Nein geführt haben, desto besser weiss der Gesetzgeber, welche Schlüsse er aus dem Entscheid über stark umstrittene oder gescheiterte Vorlagen ziehen soll. Im vergangenen Dezember waren es gerade drei Vorlagen, die unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden können: die Reichtumssteuer, das Sparpaket und die Einführung eines Zivildienstes.

Die *Reichtumssteuer* erntete mit 44% Ja-Stimmen einen für Initiativen beträchtlichen Erfolg. Untersuchen wir zunächst Ja- und Neinstimmen auf jene Merkmalsgruppen hin, die einen entsprechend überdurchschnittlich grossen Anteil geliefert haben. Unter den Befragten betrug das Ja-Neinverhältnis 47% zu 53%. Im allgemeinen entsprechen die Ergebnisse den Erwartungen. Angehörige der Unterschicht (66%) und der Linken (SP 75%) stimmten überdurchschnittlich mit Ja. Freisinnige (85%), Anhänger der SVP (82%) und politisch stark Integrierte (71%) lehnten überdurchschnittlich stark ab. Überraschend war der hohe Nein-Anteil bei den Bauern (76%), obschon sie von der neuen Steuer kaum tangiert worden wären; ferner derjenige der mittleren Angestellten (63%). Unerwarteterweise zeigten die leitenden Angestellten und Beamten etwas grössere Sympathien für die Reichtumssteuer. Das Ja der Jungen (20-39 Jahre, 54%) und das Nein der mittleren Altersklassen (40-64 Jahre, 57%) kann durch die entsprechende Einkommenshöhe erklärt werden. Bei den Parteianhängern dürfte der Entscheid zusätzlich ideologisch motiviert sein. Warum der Nein-Stimmenanteil der Frauen (57%) deutlich über demjenigen der Männer (49%) lag, ist dagegen nur schwer erklärbar.

Bei den *Motiven* (Antworten auf offene Fragen) entspricht es ebenfalls den Erwartungen, dass die Ja-Sager bei der Reichtumssteuer in erster Linie eine gerechtere Lastenverteilung bei den direkten Steuern begrüsst. Die Ablehnenden empfanden es dagegen als bedenklich, dass mit der stärkeren Belastung der juristischen Personen die Wirtschaft geschädigt worden wäre. Sofern man die in der Vorlage ebenfalls enthaltene materielle Steuerharmonisierung überhaupt wahrnahm, wertete man sie als Ungerechtigkeit gegenüber den finanzschwachen Kantonen. Kaum ins Gewicht fiel das Argument, dass

der Bund Mehreinnahmen benötige. Es ist schwer zu entscheiden, ob man damit für Sparsamkeit demonstrieren wollte oder einfach zur Kenntnis nahm, dass ein solches Ziel mit der Initiative tatsächlich nur teilweise erreicht worden wäre. — Hätten sich die *Nichtteilnehmenden*, welche die Initiative zu 58% bejahten, alle an der schlecht besuchten Abstimmung (38%) *beteiligt*, wäre diese im Volksmehr mit 53% angenommen worden (Nichtteilnehmende 49% der Befragten, drei Viertel von Ihnen äusserten eine Meinung). Denn die Nicht-Urnengänger mit Ja-Mehrheiten von 60-70% gehören gerade den Merkmalsgruppen mit unterdurchschnittlicher Stimmbeteiligung an.

Beim *Sparpaket* ergeben sich interessante Parallelen zum Stimmverhalten im Juni 1977. Man erkundigte sich nämlich bei den Befragten auch nach ihrer damaligen Einstellung zum Finanzpaket. Sowohl bei den Zustimmenden wie bei den Ablehnenden bekannten sich je zwei Drittel als Gegner des Finanzpaketes. Die ersten bejahten das Sparpaket mit denselben Argumenten, mit denen sie damals die Verwerfung des Finanzpaketes begründeten (zuerst Sparen, dann Steuern). Die zweiten lehnten ab, weil es ebenso unsozial wie die Mehrwertsteuer sei (Steuern auf dem Buckel der Minderbemittelten).

Das Gesetz über die *politischen Rechte*, gegen das Oppositionsparteien aus verschiedenen Lagern auftraten, weckte selbst bei deren Anhängern wenig Echo. Fast 40% aller Befragten konnten weder ihr Ja noch ihr Nein begründen. Aus einer zusätzlichen, kleineren Umfrage ging z.B. hervor, dass das Werbeplakat der Gegner (verbundener Mund) kaum beachtet, geschweige denn verstanden wurde; ganz einfach deshalb, weil niemand den sehr langen Gesetzestext gelesen hatte. 84% der Ja-Sager hatten im Herbst für die Erhöhung der Unterschriftenzahlen gestimmt. Sie erklärten, auch jetzt wieder gegen die "Initiativenflut" Front machen zu wollen.

Die *Zivildienstvorlage* wurde von zwei Seiten her bekämpft. Den einen ging sie zu weit, den anderen zu wenig weit. Darin liegt wohl einer der Gründe, dass die Parteiparolen nur lau befolgt wurden. Der Ja-Empfehlung der CVP folgten nur 30% ihrer Sympathisanten. Trotz der Stimmfreigabe der Sozialdemokraten lagen die 57% Ja-Stimmen unter ihren Anhängern weit über dem Durchschnitt der 42% Befragten, die annahmen. Entscheidend für die Ablehnung dürfte wohl vorwiegend das massive Nein der Alten (65-84 Jahre) gewesen sein, das mit 71% weit über dem Durchschnitt von 58% lag. Die Jungen (20-39 Jahre) erklärten sich in der Befragung zu 54% für Annahme. Obschon der zivile Ersatzdienst in seiner vorliegenden Form wenig Begeisterung auslöste, wurde er doch in der Abstimmung selbst von 38% unterstützt. Dass die Vorlage zwiespältig wirkte, zeigt sich unter anderem darin, dass etwa 40% der Befragten ihr Ja nicht zu begründen vermochten; auf der Gegenseite waren es nur 14%. Beim Nein war man weithin überzeugt, dass der Ersatzdienst ein kostspieliges Ausnahmerecht schaffe (64% der Nein-Stimmenden), die Armee schwäche (73%) und gegen das Prinzip der Pflichtgleichheit verstosse (67%).

Die Motivation wird noch deutlicher, wenn man die Urnengänger unter den Befragten aussondert und sie nach vertretbaren *Alternativen* fragt. 70% der Urnengänger erklären sich rundweg gegen jede Art von Ersatzdienst. — Muss man aus dieser Zahl den Schluss ziehen, dass man diese Frage aus Abschied und Traktanden fallen lassen sollte? Könnte das kategorische Nein nicht etwa davon herrühren, dass man die Zahl der Dienstverweigerer überschätzt? Das ist bei zwei Dritteln aller Befragten nicht der Fall. Interessant ist dagegen, dass bei allen Stimmenden ca. 60% die *Zahl der "politischen" Verweigerer massiv* überschätzen, und dass z.B. nur ein Viertel aller Befragten diese Zahl in das richtige Verhältnis zur Zahl der Dienstuntauglichen zu setzen weiss.

Begreiflicherweise würde infolgedessen ein *Zivildienst unter Einschluss der "Politischen"* auch dann nur ca. ein Viertel Anhänger finden, wenn er andert-halbmal so lange wäre wie der Militärdienst. Dagegen fühlte sich eine Mehrheit der Befragten unbefriedigt davon, dass die religiös motivierten Verweigerer für ihre ehrliche Überzeugung mit Gefängnisstrafe büßen müssen. 61% waren zudem der Ansicht, Zivildienstpflichtige könnten wertvolle Aufgaben (Spital, Katastrophenhilfe etc.) übernehmen. Hätte man diese beiden Punkte besser hervorgehoben, wäre die Vorlage ohne Zweifel weniger deutlich verworfen worden. Generell kann man sagen, dass die Chancen für eine Vorlage in dem Masse steigen würden, in dem sich die Teilnahme erhöhte. Die Lösungspräferenzen der *Nicht-Urnengänger* unterscheiden sich nämlich deutlich von jenen der Urnengänger. So würde es fast die Hälfte von ihnen (49%) begrüßen, wenn man zwischen Militär- und Zivildienst frei wählen könnte! Dabei erschiene die Gefahr sehr klein, dass man das Kind mit dem Bad ausschüttete. Nur 7% der Urnengänger und nur 15% der Nicht-Urnengänger betrachten nämlich die Armee als überflüssig.

*La votation du 4.12.77: quel avenir pour les finances fédérales
et les objecteurs de conscience?*

Récapitulation des résultats principaux

Le vieil adage selon lequel, quand Rome a parlé, la cause est entendue, ne s'applique pas aux votations fédérales. Plus la connaissance des raisons du oui et du non est exacte, plus le législateur est à même de savoir quelles conclusions tirer de la décision intervenue à propos de projets fortement contestés ou refusés. Trois objets présentés en décembre passé peuvent justement être considérés sous cet angle: l'impôt sur la richesse, le "paquet d'économie" et l'introduction d'un service civil.

L'impôt sur la richesse, en recueillant 44% de voix favorables, a obtenu un succès notable pour une initiative. Examinons d'abord la répartition des avis positifs et négatifs, dans les groupes caractéristiques où elle se différencie nettement de la moyenne, qui est de 47% de oui et 53% de non chez les personnes interrogées. En général, les résultats correspondent aux prévisions. L'approbation des membres des couches inférieures (66%) et de la gauche (75% pour le PS) se situe au dessus de la moyenne. Le rejet des radicaux (85%), de l'UDC (82%) et des individus fortement intégrés politiquement (71%) s'en distingue tout autant. La proportion élevée d'adversaires (76%) dans les rangs paysans, bien que peu touchés par le nouvel impôt, est plus surprenante; celle des employés moyens (63%) également. De manière inattendue, les employés et fonctionnaires supérieurs ont manifesté une sympathie plus prononcée pour l'impôt sur la richesse. Le oui des jeunes (20-39 ans, 54%) et le non des classes d'âge moyen (40-64 ans, 57%) peut s'expliquer par leur niveau de salaire respectif. La décision des membres des partis peut avoir été, en outre, motivée idéologiquement. La raison d'une opposition des femmes (57%) plus nette que celle des hommes (49%) est par contre difficilement décelable.

L'examen des *motifs* (réponses aux questions ouvertes) indique, comme prévu, que les partisans de l'impôt ont particulièrement apprécié sa répartition plus juste de la charge fiscale directe. Ses adversaires ont estimé, par contre, qu'à travers l'augmentation de l'imposition des personnes morales, l'économie serait ainsi touchée de manière inquiétante. Dans la mesure où elles étaient connues, les dispositions en faveur d'une harmonisation fiscale du projet étaient qualifiées d'injustes à l'égard des cantons financièrement faibles. L'argument de l'augmentation des recettes de la Confédération n'a eu que peu d'écho. Voulait-on par là manifester une préférence pour une gestion fédérale plus

économique, ou prenait-on simplement en considération qu'un tel but n'était que partiellement atteint par l'initiative? Il est difficile d'en décider. Si les *abstentionnistes*, dont 58% étaient favorables à l'initiative, s'étaient tous *rendus aux urnes*, mal fréquentées ce jour-là (38% de participation), le projet aurait été accepté par 53% des citoyens (les abstentionnistes représentent 49% des personnes interrogées, 3/4 d'entre eux exprimèrent un avis). Car les abstentionnistes, avec une majorité favorable de 60-70%, appartiennent justement aux groupes dont la participation est plus faible que la moyenne.

La votation sur le "*paquet d'économie*" permet d'établir d'intéressants parallèles avec les attitudes électorales de juin 1977. Plus précisément, les personnes interrogées le furent également sur leur position concernant le "paquet financier". Aussi bien les deux tiers des partisans que des adversaires du programme d'économies se reconnaissent dans les opposants au "paquet financier". Les premiers ont accepté ce programme avec les mêmes arguments qui fondaient leur opposition au projet de juin (économies d'abord, fiscalité ensuite). Les seconds l'ont rejeté justement parce qu'il était aussi anti-social que la TVA (impôts sur le dos des économiquement faibles).

La loi sur les *droits politiques*, à laquelle s'opposaient divers partis, ne souleva que peu d'intérêt, même auprès de leurs adhérents. Près de 40% des personnes interrogées ne peuvent justifier leur position. Un sondage supplémentaire, de portée plus restreinte, montre que l'affiche des adversaires de la loi (un citoyen bâillonné) fut peu remarquée et encore moins comprise. Cela principalement parce que personne n'avait pris la peine de lire le très long texte législatif. 84% des partisans s'étaient prononcés en automne pour le relèvement du nombre de signatures, au nom du même argument de la lutte contre le "flot d'initiatives".

Le *projet de service civil* a été combattu de deux côtés, l'un lui reprochant son audace, l'autre sa timidité. Ce fut l'une des raisons qui firent que les mots d'ordre des partis ne furent que tièdement suivis. La recommandation favorable du PDC ne fut appliquée que par 30% de ses adhérents. Malgré la liberté de vote du PS, 57% de ses membres se retrouvèrent dans le camp du oui, proportion bien supérieure à la moyenne (42% des personnes interrogées). Le rejet massif (71%) de la part des personnes âgées (65-84 ans), qui se situe largement au dessus de la moyenne de 58%, contribua certainement de manière décisive à l'échec du projet. Les jeunes (20-39 ans) se prononcèrent à 54% en sa faveur. Bien que, sous sa forme actuelle, le service civil de remplacement ne suscite que peu d'enthousiasme, il fut cependant soutenu par 38% des votants. Ce manque d'attraction du projet apparaît entre autre à travers le fait que 40% des personnes interrogées sont incapables de fonder leur approbation; cette proportion n'est que de 14% chez les adversaires du projet. Ces derniers étaient visiblement convaincus que le service de remplacement constituait un droit d'exception coûteux (64%), affaiblissant l'armée (73%) et contraire au principe de l'égalité des devoirs (67%).

Les motifs apparaissent plus clairement lorsque l'on sonde, parmi les personnes interrogées, celles qui se rendirent aux urnes et qu'on leur demande leur avis sur les *solutions de rechange* défendables: 70% se déclarèrent tout net contre toute forme de service de remplacement. Doit-on en conclure que cette question est à rayer de l'ordre du jour? Ce non catégorique n'est-il pas à mettre en relation avec une surestimation du nombre d'objecteurs? Ce n'est pas le cas pour les deux tiers des personnes interrogées. Par contre, et ceci est intéressant, environ 60% des votants *surestiment massivement le nombre des objecteurs "politiques"*, et seul un quart des personnes interrogées connaît la proportion entre ce nombre et celui des inaptes au service.

On comprendra aisément qu'en conséquence un *service civil incluant les "politiques"* ne trouverait également qu'un part de partisans, pour autant que sa durée soit une fois et demie celle du service militaire. Cependant, une majorité des personnes interrogées est insatisfaite par les peines d'emprisonnement qui frappent les objecteurs religieux, prix de leurs convictions sincères. En outre, 61% sont d'avis que les membres du service civil pourraient rendre de précieux services (hôpitaux, aide en cas des catastrophe). Si ces deux points avaient été mieux présentés, le projet aurait été sans aucun doute rejeté bien moins nettement. De manière générale, l'on peut dire que les chances d'un projet augmenteraient dans la mesure où augmenterait la participation. Les préférences des *abstentionnistes* se distinguent clairement de celles des votants. C'est ainsi que près de la moitié d'entre eux (49%) aimerait que l'on puisse choisir librement entre le service militaire et le service civil! Le danger de jeter le bébé avec l'eau du bain paraît donc très limité. Seuls 7% des votants et 15% des abstentionnistes considèrent l'armée comme superflue.

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet